



Im Gespräch mit ...

Carl-Julius Cronenberg MdB

Vorwurf: „Die Bundesregierung missachtet die Würde des Menschen“

Seit rund einem Jahr, also seit Beginn des ersten Lockdowns, gehen in der BDS/BVMU-Hauptgeschäftsstelle vermehrt Anrufe von mittelständigen Unternehmern ein, die aufgrund der eingetretenen Situation völlig verzweifelt sind, weil sie um ihre Existenz bangen und befürchten, dass ihr Lebenswerk wie Schnee in der Sonne dahinschmilzt. Diese Mittelständler wissen aus der Vergangenheit vielfach um die konstruktiven Gesprächskontakte von BDS und BVMU zur FDP und bemängeln in diesem Zusammenhang die unzureichende Wahrnehmung der

FDP als Oppositionspartei, wenn es um die vielfach nicht nachzuvollziehenden Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten zur Bewältigung der Corona-Krise geht. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Carl-Julius Cronenberg hat sich daher bereit erklärt, in einem Gedankenaustausch mit Joachim Schäfer seine Sicht und die Sicht seiner Partei zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Corona-Pandemie kritisch zu beleuchten, eigene Versäumnisse ungeschminkt darzustellen sowie Zukunftsperspektiven aufzuzeigen und zu erläutern.

J.S.: Führende Verfassungsrechtler halten einen weiteren Lockdown für verfassungswidrig. Zudem befürchten sie, dass die aktuellen Corona-Restriktionen „neue Normalität“ werden. Wird in der FDP diese Gefahr auch gesehen?

Carl-Julius Cronenberg: Ja unbedingt. Schon Ende April letzten Jahres hat Bundestagspräsident Schäuble gemahnt, dass kein Grundrecht über den anderen steht – mit Ausnahme von Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Bundesregierung missachtet dies seitdem konsequent. Zum Beispiel hat Jens Spahn Grundrechte auf dem Verordnungswege eingeschränkt. Da fehlt es eindeutig an Legitimation. Die FDP hat deshalb eine gesetzliche Grundlage gefordert. Auch der Öffnungsplan von Ministerpräsidentenkonferenz und Bundesregierung gibt keine Perspektive auf Öffnungen, sondern vielmehr einen noch lange andauernden Lockdown und kaum Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität. Ihre Frage spricht einen wichtigen Punkt an: Im Zusammenhang mit der Aufhebung von Einschränkungen für Geimpfte wird in der öffentlichen Debatte schnell von „Privilegien“ für Geimpfte gesprochen. Das ist ja wohl eine völlige Umkehr der Tatsachen. Nicht die Rückkehr zu grundgesetzlich geschützten Freiheiten muss begründet werden, sondern ihre Einschränkung – jeden Tag! Das fordert nicht nur die FDP, das sehen auch namhafte Verfassungsrechtler wie Hans-Jürgen Papier oder der deutsche Ethikrat so.

J.S.: Ziel des Lockdowns war zunächst die Absenkung der Inzidenz wöchentlicher Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner auf 50. Jetzt sollen es 35 sein. Manche Virologen sprechen von 10 und eine Virologin fabulierte gar über eine Null-Inzidenz. Warum schweigt die FDP zu diesem Horrorszenario, was zu einem dauernden Verlust unserer Grundrechte führen würde, sollte es Realität werden.

Carl-Julius Cronenberg: Die alleinige Orientierung an Inzidenzwerten entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Das hat die FDP schon früh und immer wieder betont, zum Beispiel Christian Lindner im *Spiegel* vom 21. Februar. Deshalb haben wir in unserem Stufenplan auch die Berücksichtigung weiterer wichtiger Indikatoren zur Einschätzung der Gefahrenlage einbezogen, zum Beispiel die Inzidenz ≥ 50 , also älterer Personen. Zweitens einen Index, der misst, wie sich die Quote der positiv Getesteten im Verhältnis zu allen Getesteten entwickelt. Drittens einen Hospitalisierungsindex, der die Belastung des Gesundheitswesens, insbesondere der Intensivkapazitäten abbildet. Je mehr gefährdete Personen in den Heimen und Krankenhäusern geimpft werden, desto mehr sinkt das Risiko schwerer Verläufe. Deshalb muss permanent abgewogen werden, welche sind die mildesten Mittel, um die Ausbreitung des Virus unter Kontrolle zu halten. Dass der Inzidenzwert dafür nicht mehr ausreicht, zeigt das Land Brandenburg, das schon eine Woche nach dem letzten Beschluss der MPK-Runde die Inzidenzwerte relativierte.



„Die Verknüpfung von Inzidenz und einschränkenden Maßnahmen ist schlichtweg Blödsinn.“

J.S.: Verfassungsrechtler wie Rupert Scholz und Udo Di Fabio halten die verfolgte Inzidenz-Politik vor allem deshalb für verfassungswidrig, weil Inzidenzwerte für sich genommen nichts über die Gefahrenlage aussagen. Die Politik kann sie nach Belieben erhöhen oder senken, je nachdem ob mehr oder weniger getestet wird. Was sagen Ihre Parteioberen?

Carl-Julius Cronenberg: Scholz und di Fabio haben Recht. Wird nicht getestet, sinkt der Inzidenzwert und alles öffnet. Das wäre Hara-Kiri. Wird sehr viel getestet, steigt der Inzidenzwert. Obwohl alles sicherer wird, müsste mehr geschlossen werden. Das ist widersinnig. Also ist die Verknüpfung von Inzidenz mit einschränkenden Maßnahmen schlichtweg Blödsinn. Wenn es keinen Zusammenhang mehr zwischen Inzidenzwert und Gefahrenlage gibt, dann darf der Inzidenzwert nicht länger Grundlage für Freiheitseinschränkungen bleiben. Für mich ist die Sache glasklar. Infektionsschutz ist Gefahrenabwehr. Geht von Personen keine Gefahr aus, weil sie geimpft oder negativ getestet sind, dann ist die Beschränkung ihrer Rechte unzulässig. Ohne Gefahr auch keine Gefahrenabwehr. Das muss im Restaurant, im Geschäft, im Fitnessstudio – das muss überall gelten und zwar sofort. Impfen oder Testen macht den Weg frei. Wolfgang Kubicki hat das mehrfach deutlich gefordert. Dem schließe ich mich uneingeschränkt an. Ich sage aber auch selbstkritisch, dass wir in der Vergangenheit vielfach zu defensiv operiert

haben. Das hing aber auch damit zusammen, dass diverse Presseorgane und die öffentlich-rechtlichen Medien uns in eine bestimmte Ecke stellen wollten – genauer gesagt, in die Ecke der Corona-Leugner, wo wir wahrlich nicht hingehören. Aber ich glaube, dass wir inzwischen nicht nur den richtigen Ton getroffen haben, sondern dass auch in den Medien wie *Bild*, *Focus* und *Welt* inzwischen die Sache etwas anders gesehen wird, als noch vor einem halben Jahr.

J. S.: Das Gremium, das es nach unserem Grundgesetz in dieser Form gar nicht gibt, die Kungelrunde der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten beruft sich auf das Vorsorgeprinzip, was im Grunde genommen auf Nichtwissen beruht. Damit begründet man, so schrieb der Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek in der *Welt*, „die Aufrechterhaltung der umfassendsten Freiheitseinschränkungen in der Geschichte der Bundesrepublik“. Zudem werde die Beweislast umgekehrt. Professor Hinnerk Wißmann, der Öffentliches Recht an der Westfälischen Wilhelms-Universität-Münster lehrt, kommentierte dies treffend: „Freiheit, die ihre Ungefährlichkeit beweisen muss, ist abgeschafft.“ Allein dies müsste doch eine Steilvorlage für die FDP sein.

Carl-Julius Cronenberg: Ist es auch, obwohl man sich schlussendlich nicht über die Umstände freuen kann. Allein zu Freiheitsrechten und Einschränkungen sowie zur wirtschaftlichen Stabilität hat die Fraktion bis heute 24 große Anträge und Gesetzentwürfe ins Parlament eingebracht. Christian Lindner, Wolfgang Kubicki, Volker Wissing, Konstantin Kuhle, Katja Suding, Christine Aschenberg-Dugnus – alle haben in ihren Kernkompetenzfeldern vor und hinter den Kulissen und vor allem öffentlich diese Initiativen beworben und erklärt. Dass die Medienlandschaft lange Zeit die Betonung von Bürger- und Freiheitsrechten als geradezu ungehörig ansah, ist der stark ausgeprägten Staatsgläubigkeit geschuldet. Inzwischen



„Dass die Medienlandschaft lange Zeit die Betonung von Bürger- und Freiheitsrechten als geradezu ungehörig ansah, ist der stark ausgeprägten Staatsgläubigkeit geschuldet.“

hat sich die Stimmung gedreht. Es wird immer klarer, dass die Rückkehr zu Grundfreiheiten zunehmend an der lähmenden Bürokratie in Deutschland scheitert. Die Regierung und die öffentliche Verwaltung agieren nach dem Motto: zu wenig, zu spät, zu langsam. Die steigenden Zustimmungswerte für die FDP machen mir Mut, dass die Bürgerinnen und Bürger sich das nicht mehr länger bieten lassen. Wir Freie Demokraten setzen auf Eigenverantwortung und pragmatische Lösungen.

J. S.: Seit Anfang Januar ist die Zahl der intensivmedizinisch behandelten Covid-19-Fälle von knapp 5.700 auf rund 2.900 gesunken. Damit ist das Argument einer „Überlastung des Gesundheitssystems“ obsolet und der Lockdown nicht mehr zu rechtfertigen. Auch hier vermisst der selbstständige Mittelstand das deutliche Wort der FDP.

Carl-Julius Cronenberg: Die FDP hat im Februar einen bundesweiten Stufenplan vorgelegt. Darin fordern wir unter anderem einen Hospitalisierungsindex, der die Auslastung der Intensivkapazitäten berücksichtigt. Dadurch, dass die

ganze Republik sehnsüchtig auf einen Stufenplan gewartet hat, der Perspektiven und Planbarkeit aufzeigt, war dieses wichtige Element unserer Strategie in den Medien kaum beachtet worden. Inzwischen haben MPK und Bundesregierung das Prinzip des Stufenplans unter anderem Namen übernommen. Warum man den FDP-Antrag nicht gleich in Gänze übernommen hat, erschließt sich nicht. Die Berücksichtigung der Belastung der Intensivkapazitäten fehlt immer noch. Hier muss die Bundesregierung nachbessern. Der führende Verfassungsrechtler und ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Paul Kirchhof, hat den zweiten Lockdown dahingehend als verfassungswidrig eingestuft, als dass Gesundheitssystem und Behörden Erfahrungen gesammelt hätten und sich vorbereiten konnten auf eine zweite Welle nach dem Sommer. Weil es Bundesregierung und ihre Behörden versäumt haben, aus den Erfahrungen zu lernen und entsprechende Vorkehrungen über den Sommer hinaus zu treffen, musste man im Herbst mit allen Freiheits Einschränkungen noch einmal in den Lockdown. Das hätte nicht passieren müssen und dürfen. Die

verfassungsrechtliche Notwendigkeit eines erneuten Lockdowns aufgrund des Vorrangs des Gesundheitsschutzes ist somit von der Bundesregierung durch eigene Untätigkeit verursacht worden.

J.S.: Nach der offiziellen Statistik starben im Jahr 2020 in Deutschland an oder mit Covid-19 laut RKI rund 42.000 Menschen. Die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht hat in einer Fernsehtalkrunde darauf verwiesen, dass in Deutschland pro Jahr rund 20.000 Menschen an Krankenhauskeimen versterben. An Krebs starben im Jahre 2019 231.300 Menschen, an Herz-Kreislauferkrankungen 331.200 und an Krankheiten des Atmungssystems 67.000. Stellt sich hier nicht die Frage, ob man das Risiko an Covid-19 zu sterben, nicht mit anderen Lebensrisiken bzw. Krankheitsrisiken vergleichen muss?

Carl-Julius Cronenberg: Inzwischen wissen wir, dass bestimmte Personengruppen besonders gefährdet sind, an Corona schwer zu erkranken oder gar zu versterben. Die Pandemie ist besonders tückisch, weil das Infektionsgeschehen anders als bei anderen Infektionserkrankungen nicht klaren Mustern folgt, sondern diffus ist. Deshalb war und ist es richtig, dass die Politik in Abwägung aller Grundrechte sondiert, welche Maßnahmen notwendig, geeignet und angemessen sind, um die Gefahrenlage unter Kontrolle zu halten. Eine Sonderbehandlung von Corona-Toten lehne ich dem Grunde nach ab. Jeder Sterbefall hinterlässt Angehörige, die trauern. Ich halte es auch nicht für klug, wenn Wirtschaftsminister Altmaier öffentlich sagt: „Wir tragen die Verantwortung für die Gesundheit von 83 Millionen Menschen.“ Ich möchte, dass die Regierung anerkennt, dass 83 Millionen mündige Bürger bereit und in der Lage sind, selbst Verantwortung für ihre Gesundheit zu tragen. Und sich darauf verlassen können, dass im Krankheitsfall ein funktionierendes Gesundheitssystem bereit steht, das hilft. Jeder Bürger weiß,



dass Rauchen der Gesundheit schadet, zu schnelles Autofahren gefährlich ist und gewisse Sportarten Verletzungsrisiken mit sich bringen. Wir brauchen weniger Bevormundung und mehr Mut zu Eigenverantwortung in dieser Debatte. Dafür steht die FDP.

J.S.: Auch jedes Jahr sterben an der sogenannten Grippe trotz Impfung über 20.000 Menschen, ohne dass die Politik auf die Idee gekommen ist, bei jeder Grippe-Welle einen Lockdown anzuordnen. Auch das müsste doch ein Argument für die FDP sein.

Carl-Julius Cronenberg: Bei der Grippe oder umgangssprachlich Grippe spricht man von einer endemischen Viruserkrankung. Will heißen, die gehört zu uns. Die kommt jedes Jahr, sie folgt einem bestimmten jahreszeitlichen Rhythmus. Wir haben gelernt, damit zu leben. Viele Menschen lassen sich gegen Grippe impfen. So wird es mit Corona auch kommen. Corona ist nach dem, was wir wissen, gefährlicher, weil hochansteckend. Deshalb ist die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, noch wichtiger als bei der Grippe. Der erste Lockdown war gerechtfertigt,

weil wir noch sehr wenig über die Pandemie wussten. Als der erste Schreck vorüber war, hätte die Bundesregierung einen ganzen Strauß an Maßnahmen ergreifen müssen, um auf die zweite Welle vorbereitet zu sein: Digitale Schule, schnelle Kontaktverfolgung in den Gesundheitsämtern mittels SORMAS, Task Force Beschaffung mit Hilfe aus der Wirtschaft – um nur einige Beispiele zu nennen. Das wurde sträflich versäumt. Stattdessen hat man eine Politik des Eigenlobs und der Ankündigungen betrieben. Das ist zum Schaden aller gescheitert. Ich fordere, dass Politik in aller Demut anerkennt, dass Corona Natur ist, die wir nicht wegeregieren können, genau wie die Grippe. Stattdessen lautet der Job, jeden Tag zu lernen, wie wir besser mit dem Virus leben können. Ich bin überzeugt, dass das umso besser gelingt, je mehr man dem Verantwortungsbewusstsein und der Kreativität der Menschen vertraut.

J.S.: Der Infektiologe Matthias Schrappe gehört neben bekannten Virologen auch einer Gruppe von Wissenschaftlern an, die sich auf der Plattform „CoronaStrategie“ zusammengefunden haben.

Nahmen aus der
Geschäftsstelle
an dem
Informations-
austausch
mit Carl-Julius
Cronenberg
teil: v.l.
Angelika Alexiou,
Janina Schäfer
und
Rita Seiler.

Schrappe behauptet, Kanzlerin Merkel habe sich in einen Tunnel vergraben. In der Risikoforschung spreche man von einem Kuba-Syndrom, wenn sich eine Führungsgruppe nur mit Menschen umgibt, die alle der gleichen Meinung sind. Dann gebe es nur die dauerhafte Fortsetzung von Fehlern. Dies treffe auch für Frau Merkel zu. In ihrem Beratergremium fänden sich nur Menschen, die von vorneherein ihrer Meinung seien. Fazit: Virologen wie Professor Streeck haben in dieser Runde keinen Platz. Auch hier wäre es doch für die FDP angezeit, dies zu thematisieren.

Carl-Julius Cronenberg: Danke für diese Frage. Dieses Problem hat die FDP schon im Frühjahr letzten Jahres und seitdem immer wieder angesprochen. Christian Lindner hat bereits im April 2020 darauf hingewiesen, dass es einen Expertenrat braucht, der die Lage aus allen Blickwinkeln betrachtet. Dabei war und ist es wenig zielführend, nur dem Rat von Virologen zu folgen. Es ist wichtig, auch Epidemiologen heranzuziehen. Die kennen sich aus mit Statistiken und Wahrscheinlichkeiten. Der wichtige Aspekt, nach welchen Mustern genau sich das Virus ausbreitet, wurde bislang unterbelichtet. Aber für mich müssen auch Pädagogen, Psychologen und Wirtschaftswissenschaftler gefragt werden. Die sozialen und wirtschaftlichen Schäden durch Corona sind doch viel zu hoch. Ich komme zurück auf Wolfgang Schäuble, der zu Recht gesagt hat: „Es gibt keinen absoluten Gesundheitsschutz.“ Der Ehrgeiz der Virologen, das Virus ausrotten zu wollen, in Ehren, aber Politik muss sich um die Sorgen aller Bürger kümmern. Politik darf nie vergessen: Corona betrifft uns alle, 100 Prozent der Bevölkerung, nicht nur gefährdete Personengruppen. Deshalb fordert die FDP einen breit aufgestellten Expertenrat, so wie es die FDP-CDU Landesregierung in NRW vorgemacht hat.

J. S.: Innerhalb unserer Organisation hält man es für einen Skandal, dass das Bundesinnenministerium

„Wer die Angstschraube immer weiter anzieht, der tappt in die Befürchtungsfalle. Angst lähmt erst und führt dann zu offener Ablehnung.“

vor dem ersten Lockdown eine Reihe von Wissenschaftlern beauftragte, einen Plan zu erarbeiten, wie sich „Maßnahmen präventiver und repressiver Natur“ durchsetzen ließen. Die Wissenschaftler empfahlen Sterbeszenen qualvoll um Luft ringender Patienten auszumalen, um so bei den Bürgern eine „gewünschte Schockwirkung“ zu erzielen. Einer der Hauptautoren des Papiers war ein Germanist aus Österreich namens Otto Kolbl, der als ausgewiesener „Mao-Fan“ gilt. Ein Mao-Fan als Strategieberater des Innenministeriums, um den Bürgern Angst zu machen? Zudem ergaben Recherchen der Welt, dass ein Staatssekretär aus dem Innenministerium Druck auf Experten ausübte, um das Papier in eine bestimmte Richtung zu entwickeln. Das Vorgehen des Innenministeriums als Skandal zu bewerten, ist wohl noch zu tief gegriffen. Wäre es nicht für die FDP angezeigt, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wegen dieses skandalösen Vorgangs zu beantragen?

Carl-Julius Cronenberg: Ich glaube, wir sollten nicht rückwärtsgerichtet fragen, wer wann was falsch

gemacht hat. Vielmehr gilt es, die richtigen Konsequenzen aus den Erfahrungen der letzten 12 Monate zu ziehen. Wir sollten immer die Frage stellen: Was haben wir gelernt? – aus dem, was gut gelaufen ist, genau wie aus dem, was schlecht gelaufen ist. Die von Ihnen beschriebene repressive Strategie lehne ich rundweg ab. Wer die Angstschraube immer weiter anzieht, der tappt in die Befürchtungsfalle. Je mehr Angst, desto negativer die Reaktion, wenn die Lösungsangebote erfolglos bleiben. Angst lähmt erst und führt dann zu offener Ablehnung. Wie bei einer Schraube: Nach fest kommt ab. Das erleben wir jetzt. Die Infektionsherde haben wir im privaten Bereich, da wo Hygiene und Abstand keine Rolle mehr spielen und der Staat nicht mehr eingreifen kann. Das ist das traurige Ergebnis einer verfehlten Corona-Politik. Um die Lehren zu ziehen und schlagkräftige Strategien für eine eventuelle nächste Epidemie vorzubereiten, empfiehlt die FDP anstelle eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses die Einsetzung einer Enquete-Kommission durch den nächsten Deutschen Bundestag. ■



Mit Carl-Julius Cronenberg sprach Joachim Schäfer

(Fotos: Janina Schäfer)